

Finanzlöcher vorprogrammiert

Der Ständerat will rund eine Milliarde Franken pro Jahr mehr ausgeben als die Regierung

HANSUEL SCHÖCHLI

Sparen ist beim Bund relativ. Der Bundesrat wollte, dass die Ausgaben in den kommenden Jahren im Mittel statt um 3 Prozent «nur» noch etwas über 2 Prozent pro Jahr wachsen. Denn ohne eine solche Reduktion des Ausgabenwachstums wäre laut Finanzplan für 2027 mit einem Defizit von über 2 Milliarden Franken zu rechnen, 2028 wären es gegen 3 Milliarden und in der Folge noch deutlich mehr. Das liegt vor allem an den Plänen für eine starke Erhöhung der Armeeausgaben und dem chronisch überproportionalen Ausgabenwachstum für die AHV – dem mit Abstand grös-

Lobbyistenparty schadet der Armee

Kommentar auf Seite 20

ten Einzelposten im Bundesbudget, der durch das Volks-Ja zur 13. Monatsrente noch zusätzlich stark verteuert wird.

Das vom Bundesrat vorgeschlagene Entlastungspaket mit 57 Einzelmaßnahmen sollte Defizite bis 2028 vermeiden. Über die Hälfte der Massnahmen erfordern Gesetzesänderungen. Viele Bereiche sind betroffen – vom Verkehr über Klimasubventionen und Hochschulen bis zu Entwicklungshilfe, Tourismus und Landwirtschaft. Das Paket sah eine Entlastung der Bundeskasse von 2,4 Milliarden Franken für 2027 vor, und für die Folgejahre von gut 3 Milliarden Franken. Doch das Projekt stiess weitherum auf Kritik. Die Linke will grundsätzlich nicht sparen, sondern mehr Schulden und höhere Steuern; die anderen Parteien wollen gewisse Elemente aus dem Paket entfernen; die Kantone kämpfen gegen Senkungen der Bundesbeiträge; und eine Vielzahl von Lobbyisten sagt das Übliche: Sparen ist im Prinzip schon sinnvoll, aber bitte nicht bei uns.

So wird das Projekt des Bundesrats nicht ohne Probleme durch das Parlament kommen. Der Ständerat hat am Mittwoch und am Donnerstag das Paket betragsmäßig um gut einen Dritt reduziert. Der verbleibende Teil würde



Das von Finanzministerin Karin Keller-Sutter vertretene Entlastungspaket muss im Ständerat Federn lassen.

ANTHONY ANEX / KEystone

2027 die Bundeskasse noch mit knapp 1,5 Milliarden Franken statt mit 2,4 Milliarden entlasten. Und 2028 wären es knapp 2 Milliarden statt gut 3 Milliarden.

Entscheid im März 2026

Die betragsmässig grösste Korrektur des Ständerats: Er strich die vorgeschlagene Reduktion der Steuerprivilegien für Kapitalbezüge in der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge (190 Millionen Franken). In der gleichen Gewichtsklasse liegt die Abweichung des Ständerats bei den Klimasubventionen. Weitere betragsmässig bedeutende Korrekturen betreffen die Bundeseinlagen in den Fonds zur Bahninfrastruktur, den Beitrag für den Nationalfonds, die Versteigerung der Kontingente für zollreduzierte Fleischimporte, die kanto-

nalen Hochschulen und die Landschaftsqualitätsbeiträge für die Bauern. Hinzu kommen manche mittlere und kleinere Korrekturen, die ebenfalls in fast allen Fällen zulasten der Bundeskasse gehen. Hier eine Auswahl von Stichworten dazu: Beiträge für Regionalflughäfen, Pressesubventionen, Sportförderung, Weinsubventionen, Beiträge für die ETH, Tourismusförderung, Innovationsförderung, Förderung der Ausbildung junger Auslandschweizer.

Der Ständerat hat bei über zwanzig Posten die Entlastung für die Bundeskasse reduziert. Nur bei vier Posten erhöhte er die Entlastung – um total rund 45 Millionen Franken. Das bekannteste Beispiel – bei dem das Missverhältnis zwischen Lärm und Bedeutung besonders ausgeprägt war – sind die Subventionen für Nachzüge: Der Bundes-

rat wollte die jährlichen Beiträge von 30 Millionen auf 10 Millionen Franken kürzen, der Ständerat strich den ganzen Posten. Zudem hat die kleine Parlamentskammer das Budget für laufende Ausgaben des Innendepartements um 30 Millionen Franken pro Jahr gekürzt.

Das Geschäft geht nun in den Nationalrat. Im Januar wird dessen Finanzkommission mit den Beratungen beginnen. Gemäss Fahrplan sind für die Märzsession des Parlaments der Beschluss des Nationalrats und allfällige Differenzbereinigungen zwischen den Parlamentskammern vorgesehen.

Bleibt das Entlastungspaket in der Grösßenordnung der Ständeratsversion, werden weitere Massnahmen unvermeidlich sein. Zunächst wird sich im kommenden Jahr die Frage des Budgets für 2027 stellen. Gemessen am bis-

herigen Finanzplan fehlen mit den Korrekturen des Ständerats für 2027 rund 850 Millionen Franken. Das Loch liesse sich laut Beteiligten verkleinern durch Mittelverschiebungen im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung und dem Bahninfrastrukturfonds.

Zur Debatte werden aber auch Kürzungen bei jenem Drittel des Bundeshaushalts stehen, das nicht wegen gesetzlicher Vorgaben oder sonstiger Sachzwänge stark gebunden ist. Das besagte Drittel ist deshalb bei kurzfristigen Sparübungen immer im Visier. Das betrifft Bereiche wie Bildung, Forschung, Entwicklungshilfe, Landwirtschaft und Armee. Eigentlich ist der politische Wille zum Ausbau des Verteidigungsbudgets gross, doch in einer kurzfristigen Sparübung wird möglicherweise auch das Wachstum der Militärausgaben reduziert.

Noch grösser ist nach derzeitigem Finanzplan mit den Ständeratsbeschlüssen der prognostizierte Fehlbetrag 2028 (1 Milliarde Franken) und erst recht 2029 (2,4 Milliarden). Dann mag es zu weiteren Kürzungen beim ungebundenen Drittel der Bundesausgaben kommen – oder zu einem neuen Entlastungsprogramm, das auch wieder Gesetzesänderungen enthält.

Kontroverse Armeefrage

Eine wichtige Rolle spielt auch die Kontroverse über die Finanzierung des Armeeausbaus. Der Bundesrat dürfte im Januar Grundsatzentscheide dazu fällen. Im Vordergrund steht einmal mehr die Milchkuh der Nation – die Mehrwertsteuer. Sie musste schon wiederholt für die AHV erhalten und wird dies voraussichtlich auch für die Teilfinanzierung der 13. AHV-Monatsrente tun müssen. Die Armeefinanzierung könnte noch dazukommen. Als Alternative steht auch eine Erhöhung der direkten Bundessteuer zur Diskussion.

Umstritten ist auch, ob die diskutierte Steuererhöhung vor allem zusätzliche Armeeedürfnisse finanzieren soll, die über den derzeitigen Finanzplan des Bundes hinausgehen. Oder ob die Zusatzsteuer auch einen bedeutenden Beitrag zur Senkung des strukturellen Bundesdefizits leisten soll. Schlüssige Antworten werden noch kommen müssen.